

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/019

Chronik vom 22. September 1996 bis zum 10. April 1997

22.09.1996

Schweiz: Die größte Schweizer Zeitung "Sonntags-Blick" berichtet am 22. September 1996 (x136/14): >>... Die Schweiz hat die von den Nazis flüchtenden Juden an der Grenze abgewiesen und so in den Tod geschickt. Das Gold, das die Nazis den toten Juden aus den Zähnen brachen, hat die Schweiz willig akzeptiert und gewaschen.<<

September 1996

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" 9 – 1996 veröffentlicht im September 1996 eine Predigt zum Tag der Heimat (x853/...): >>**Wir dürfen den Anspruch auf unsere Heimat nicht aufgeben**

Predigt zum Tag der Heimat (am 7.9.96 in Berlin)

Meine lieben Christen!

Im vergangenen Jahr veröffentlichten schlesische Heimatvertriebene zum 50. Jahrestag der Vertreibung eine Anzeige, in der es hieß:

"Wir gedenken in tiefer Trauer des Untergangs Schlesiens und seiner 700jährigen Geschichte. Wir gedenken in großer Trauer des qualvollen Leidens und Sterbens hunderttausender Unschuldiger während der Vertreibung und wir gedenken des aufopferungsvollen Abwehrkampfes unserer tapferen Soldaten an der Ostfront.

Betet für sie."

Am 47. Tag der Heimat gedenkt der Bund der Vertriebenen natürlich aller Opfer der Vertreibung und Flucht aus dem deutschen Osten, der Tschechoslowakei und dem Südosten Europas. Wir wollen uns aber auch in Dankbarkeit daran erinnern, daß sich katholische deutsche Bischöfe mehrfach an den Alliierten Kontrollrat wandten und gegen die Ausweisungspraktiken protestierten, ohne daß ihr Anliegen auch nur beachtet worden wäre.

Am 3. Juli 1946 richteten die deutschen Kardinäle und Erzbischöfe ein Schreiben an den amerikanischen Präsidenten Truman und baten erneut um die Beendigung der grausamen Vertreibung. Doch wie bereits im Herbst 1945 schenkte General Clay den deutschen Bischöfen kein Gehör. Am 15. Juli 1946 teilte er dem Berliner Bischof Kardinal Graf von Preysing, dem unerschrockenen Gegner der Nazis mit, er sei nicht gewillt, die Bittschrift der Bischöfe an den amerikanischen Präsidenten weiterzuleiten. In seinem Brief heißt es wörtlich:

"Die Umsiedlung der betreffenden Deutschen wurde in Potsdam beschlossen als notwendig für die zukünftige Sicherheit Europas. ..."

- Man hat argumentiert, der Verlust eines Viertels unseres Vaterlandes - und wenn man die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg hinzunimmt - eines Drittels Deutschlands seit 1918 - sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg.

Mit derselben Logik und Konsequenz müßte man - um von den USA ganz zu schweigen - England, Frankreich, Rußland und Polen große Teile ihres Landes wegnehmen, denn sie alle haben seit 1800 weit mehr Kriege geführt als Deutschland. Von den 287 seit 1800 geführten Kriegen liegt England mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland führte in dieser Zeit 63 und Polen 32 Kriege. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.

- Politiker und Medienleute mahnen uns seit nunmehr 50 Jahren, den Massenmord von Auschwitz stets im Gedächtnis zu behalten, ihn nicht aus der Erinnerung zu streichen. Nicht weniger darf dies aber von der brutalen millionenfachen Massenvertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat gelten, die seit 700 bis 800 Jahren unangefochten deutsches Land war. Nicht weniger einmalig als Auschwitz ist das Massenvertreibungsverbrechen.

Und wenn immer wieder an den Massenmord in Auschwitz erinnert wird, dürfen wir nicht verschweigen, daß die Zahl der Opfer bei der Vertreibung nach amtlichen, meist verschwiegenen Angaben, mehr als doppelt so hoch war wie in Auschwitz. Wir dürfen und wollen nicht Verbrechen gegen Verbrechen aufrechnen, aber es dient nicht der Wahrheit und Verständigung, wenn geschichtliche Tatsachen verschwiegen oder gar geleugnet werden.

Das Wort der Schrift: "Die Wahrheit wird euch freimachen" (Johannes 8, 32) gilt auch für die Geschichtsschreibung.

Wir gedenken jedoch nicht nur unserer Toten, sondern auch unserer verlorenen Heimat. Wenn der Psalmist betet: "Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren. Die Zunge soll mir am Gaumen kleben, wenn ich an dich nicht mehr denke. ..." (137, 5 f.), können wir diese Worte sinngemäß auf unsere verlorene Heimat im Osten anwenden.

Die Heimat im Osten - Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland - und Südosten Europas, wohin Deutsche vor Jahrhunderten gerufen wurden, um das Land zu kultivieren, mußten wir nach dem Willen der Siegermächte in krassm Gegensatz zu geltendem Völkerrecht abtreten. Hier bewahrheitete sich wieder einmal das Wort: Wehe den Besiegten!

Es war ein erschreckender Höhepunkt nationaler Würdelosigkeit und zugleich tiefsten Schmerzes für alle Heimatvertriebenen, als unsere Politiker und Parlamentarier die Abtretung uralten deutschen Landes mehrheitlich mit Beifall bedachten.

Ein derartig schmachliches Verhalten wäre in keinem anderen Land auch nur vorstellbar, am wenigsten in den beiden Ländern, die weit mehr Angriffskriege geführt haben als Deutschland und die Hauptnutznießer unserer Niederlage waren, Polen und Rußland.

So wurde unser verstümmeltes Vaterland zum Rumpfdeutschland, wie es Churchill in seinen Memoiren selber nannte, zum kleinsten Deutschland unserer Geschichte mit der größten Bevölkerungsdichte.

Wenn dann Politiker behaupten, unser Land sei noch niemals in seiner Geschichte von so vielen befreundeten Ländern umgeben gewesen wie heute, mag dies der heute üblichen political correctness entsprechen, hat aber mit der Wahrheit und Wirklichkeit nichts zu tun.

Der damalige deutsche Außenminister behauptete, wir hätten freiwillig auf ein Viertel deutschen Landes verzichtet, so als wäre es sein privates Eigentum, über das er nach Belieben verfügen könne. In schroffem Gegensatz zu ihm erklärte der Bundeskanzler, ohne den Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete hätten die europäischen Länder und die USA der deutschen Teilwiedervereinigung nicht zugestimmt. Ist eine solche Nötigung die Handlungsweise von Freunden?

Polen behauptet, ohne die deutschen Ostgebiete könne es nicht existieren. Dabei hatte Polen nach 1945 ohnehin nichts verloren, was es vor seinem Angriffskrieg gegen das geschwächte Rußland 1921 besessen hatte. Ein Blick in die Statistik von 1996 zeigt uns, daß auf jetzigem polnischen Gebiet 123,2 und in Rußland, das den nördlichen Teil Ostpreußens an sich gerissen hat, ganze 8,7 Menschen auf einem Quadratkilometer leben, während sich im verstümmelten Rumpfddeutschland 228 Menschen auf einem Quadratkilometer drängen. Zudem strömen seit Jahr und Tag Millionen Ausländer mit fremder Kultur und Religion in unser Land, das inzwischen zu einem multirassischen, multiethnischen Schmelztiegel mit gewaltigem sozialen Sprengstoff wurde.

Die "Welt am Sonntag" - gewiß kein Naziblatt - schrieb am 8.4.95:

"Nicht mehr die Ausländer werden - ob gewollt oder nicht - 'integriert' - sondern umgekehrt. In immer mehr Städten sind die Ausländer gegenüber den deutschen Kindern längst in der Überzahl. Viele unserer Landsleute fragen sich, ob wir noch Herr im eigenen Haus sind."

Meine lieben Christen,

vielleicht fragt sich der eine oder andere, ob solche Fragen in einen Gottesdienst gehören. Gewiß nicht in einen normalen Sonntagsgottesdienst. Aber da Politiker und Medienleute für gewöhnlich diese Fragen verschweigen oder gar die unabweisbaren Tatsachen leugnen, scheint es mir richtig und notwendig, in einem Gottesdienst zum Tag der Heimat auf diese Probleme aufmerksam zu machen, die im Grunde jedermann bekannt sind, die man aber nicht auszusprechen wagt und die für unsere Heimatvertriebenen zur schwärenden Wunde wurden, die nicht heilen will.

In jeder heiligen Messe beten wir für die Lebenden und Toten. Nach dem Beispiel des unlängst seliggesprochenen Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg wollen wir für die Lebenden und Toten hüben wie drüben beten, für unsere Landsleute wie auch die Toten der Länder, die sich einst mit uns im Krieg befanden. Wir wollen den Herrn bitten, er möge das vergossene Blut annehmen zur Sühne für die Sünden und Verbrechen, die durch uns und an uns geschahen. Er möge das vergossene Blut zur Saat der Verständigung und des Friedens werden lassen.

Wir haben vorhin das Evangelium von den Emmausjüngern gehört. Was hat es mit unserem Gedenkgottesdienst zu tun? Erinnern wir uns: Der Herr hatte vorausgesagt, daß er in den Tod gehen werde. Hiermit brach für seine Jünger und Anhänger eine ganze Welt zusammen. Zwar hatte der Herr den Seinen gesagt, er werde wieder auferstehen, aber das hatten sie nicht begriffen. Und nun gehen am Ostermorgen zwei seiner Jünger nach Emmaus. Sie begegnen Jesus, ohne ihn zu erkennen. Er fragt sie, warum sie so traurig sind. Da bricht es aus ihnen heraus. Sie hatten gehofft, er werde Israel erlösen. Da beginnt Jesus ihnen, angefangen von den Propheten, darzulegen, warum dies alles so kommen mußte.

Vielleicht ist es verwegen, eine Parallele zu ziehen. Der Herr, der Unschuldige, gibt sein Leben hin für uns, um uns von unserer Schuld zu befreien. Er erleidet den furchtbaren Tod am Kreuz, um die Schuld der Welt hinwegzunehmen, sie zu sühnen. Durch sein Leiden, seinen Tod sind wir erlöst. Und er hat seinen Jüngern gesagt, daß der Knecht nicht mehr ist als sein Herr und der Jünger nicht über dem Meister steht.

Und irgendwie, in irgendeiner Form müssen alle, die zu den Jüngern Jesu gehören, an seinem Leiden, an seinem Kreuz teilhaben. Wir wissen aus Erfahrung, daß wir uns das Leid, das Kreuz nicht aussuchen können, daß es uns sehr oft völlig unerwartet trifft. Der Herr hat unseren Landsleuten im Osten und Südosten Europas ein besonders schweres Kreuz auferlegt.

Und wir dürfen vielleicht sagen, so wie der Herr unschuldig war an seinem Tod, so waren hunderttausende - insgesamt sind es ja etwa 3 Millionen - in der überwältigenden Mehrheit unschuldig an ihrem grausamen Geschick.

Teilhabe am Kreuz Christi in einer Form, in einer Weise, die sich keiner vor dem furchtbaren

Geschehen vorstellen konnte, die niemand Menschen aus eigener Machtvollkommenheit auferlegen darf. Aber wir dürfen selbst in diesem schweren Schicksal noch die Hand des Herrn erkennen.

Ich denke, unsere Heimatvertriebenen haben es irgendwie begriffen, als sie 1950 die Charta der Heimatvertriebenen verfaßten, in der sie auf Haß, Rache und Vergeltung verzichteten, obwohl sie genau wußten, was an ihren Angehörigen, was an ihrer Heimat geschehen war, welch unbeschreibliche Greuel sich ereignet hatten. Und so kam es zu einem der ergreifendsten Dokumente der neueren Geschichte, man darf es eine Sternstunde der Menschheit nennen. Diese Charta der Heimatvertriebenen zeugt von seelischer Größe, die durch den Feuerofen der Läuterung gegangen war.

Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß in der Charta noch etwa anderes steht, was allzuoft verschwiegen wird:

Daß Gott den Menschen in seine Heimat gestellt hat, daß Gott ihm die Heimat zu Lehen gegeben hat und daß, wer die Heimat nimmt, einen Menschen im Geiste tötet. Wir dürfen unsere Heimat im Osten nicht vergessen. Erinnern wir uns an das Wort des Psalmisten:

"Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren."

Da die Vertreibung gegen jegliches Völkerrecht verstieß, zutiefst unmenschlich ist und keine echte Versöhnung zustande kommen läßt, dürfen wir den Anspruch auf unsere verlorengegangene Heimat nicht aufgeben.

- Schon sehr bald nach dem furchtbaren Verbrechen der Massenvertreibung sagte Papst Pius XII., der große Freund der Deutschen, die Menschen, die zu Unrecht aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sollten wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen.

- Die deutschen katholischen Bischöfe erklärten in ihrem Pastoralbrief an die heimatvertriebenen Katholiken anläßlich der 40jährigen Wiederkehr der Charta der Heimatvertriebenen am 5. August 1990:

"(Eine) alte jüdische Weisheit sagt: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Versöhnung ist nicht durch Verdrängung historischer Fakten möglich. Gerade wir Deutschen sind dazu aufgerufen, alles zu tun, damit niemals wieder Unrecht zu Recht erklärt wird. Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte, die nicht zu rechtfertigen ist, gleichgültig von wem oder wann sie geschieht. Heimatvertriebene wirken mit der Forderung nach Anerkennung der völkerrechtlichen Gegebenheiten dem Eindruck entgegen, daß sich Verbrechen lohne: wenn man nur lange genug wartet, werde dieses Unrecht schon zu Recht erklärt."

Die grauenhaften Verbrechen bei den "ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien, bei denen sich die Greuel in ähnlicher Weise wiederholten wie einst an den Deutschen im Osten und Südosten Europas, legen nahe, daß durch unübersehbare Zeichen die Völker nachdenklich werden und gemeinsam zu Rate gehen, wie die größten Massenvertreibungen der Weltgeschichte wenigstens einigermaßen wiedergutmacht werden können.

- Papst Johannes Paul II. sagte über das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen:

"Sie haben ein Recht darauf, zu ihren Wurzeln zurückzukehren, heimzukehren in ihr Geburtsland mit seiner nationalen Souveränität, seinem Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie haben ein Recht auf die kulturellen und geistlichen Beziehungen, die sie in ihrem Menschsein nähren und aufrecht erhalten. ..."

Und darum, meine lieben Christen, sollen und dürfen wir kämpfen - nicht wie einst Korfanty mit seinen Terrorbanden in Oberschlesien - aber mit zäher Geduld, nicht um Zwietracht zu säen, sondern damit Wahrheit und Recht siegen, daß es zu einer gerechten Lösung im deutschen Osten kommt, damit wir mit den Völkern Osteuropas einen gerechten, dauerhaften Frieden erlangen.

Polnische Bischöfe weisen gern auf ihren Brief zur Versöhnung mit den deutschen Bischöfen

vom Herbst 1965 hin. Allerdings schrieben sie nur wenige Monate später, im Hirtenbrief vom 10. Februar 1966:

"Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk durch Jahrhunderte kein politisches, wirtschaftliches Unrecht angetan haben."

Nun, wir wissen, daß die historischen Fakten leider ganz anders aussehen.

- Es dient nicht der Verständigung, wenn polnische Bischöfe 1994 in Stettin und später in Landsberg Dankgottesdienste dafür feiern, daß diese angeblich urpolnischen Gebiete wieder zum polnischen Mutterland zurückgekehrt seien. Ich habe jahrelang in Ostpreußen, Pommern und Schlesien gelebt und weiß, wie Sie alle, daß diese deutschen Ostprovinzen urdeutsch waren.

Der englische Premier Lloyd George erklärte 1919 bei den Friedensverhandlungen in Versailles, es sei nicht die Absicht, dem polnischen Volk Gebiete zuzuerkennen, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen sind. Und US-Präsident Wilson sagte am 7. April 1919:

"Das einzige Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es keinen Anspruch besitzt."

Damals ging es lediglich um den polnischen Korridor, nicht um den Verlust des gesamten deutschen Ostens.

Meine lieben Christen, bloße Trauer um die verlorene Heimat führt nicht weiter. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen vertrauensvoll in die Zukunft schauen wie einst die Polen, die nach ihrer Teilung 125 Jahre sangen: "Noch ist Polen nicht verloren!" Immer wieder müssen wir daran erinnern, daß der völkerrechtswidrige Landraub keinen ehrlichen, dauerhaften Frieden möglich macht. So besteht hinsichtlich des Münchner Abkommens von 1938 seltene Einmütigkeit darüber, daß dieses von Anfang an nichtig sei. Gilt für den "freiwilligen" Verzicht auf den deutschen Osten etwas anderes?

Dabei geht es keineswegs darum, die im deutschen Osten lebenden Polen und Russen zu vertreiben. Es ist genügend Platz dort für Deutsche, Polen und Russen. Wir können gemeinsam in unserer alten Heimat leben und bei allseits guten Willen könnte sich dieses Zusammenleben segensreich auswirken. Mir scheint, nur dann wird ein dauerhafter Friede in Europa möglich sein.

In der Erklärung der deutschen Bischöfe zur Charta der Heimatvertriebenen heißt es: "Versöhnung kann nicht durch Verdrängung historischer Fakten erreicht werden."

Kein Volk dieser Erde hat jemals so nachhaltig und so unzählige Male seine Schuld aus vergangenen Tagen bekannt wie das deutsche. So kam es, daß im vergangenen Jahr der estnische Präsident Lennart Meri am Tag der Heimat Deutschland als Canossa-Republik bezeichnete. Erst kürzlich äußerten sich hochrangige englische Politiker besorgt über den deutschen Nationalmasochismus. So sagte Lord Marsh vor dem Oberhaus:

"Es ist eine Tatsache, daß die deutsche Paranoia, d.h. Geistesgestörtheit, und das Schuldgefühl über die zwölf fürchterlichen Jahre zwischen 1933 und 1945 bereits übertrieben sind und einen unheilvollen Einfluß auf eine bestimmte Generation gehabt haben. Die Art und Weise, wie manche Deutsche diese Bürde tragen, ja - ich möchte dies nicht als beleidigend aufgefaßt wissen - sich in ihr suhlen, ist nicht gut für Deutschland und somit nicht gut für Europa."

Es geht nicht um Leugnung und Verdrängung vergangener Schuld. Allerdings erfordert die Wahrheit, die eine echte Versöhnung erst möglich macht, daß auch Polen, Russen, Tschechen, Jugoslawen und wer auch immer in die zahllosen Verbrechen an deutschen Menschen verstrickt ist, vor aller Welt sich zur eigenen Schuld bekennt und gesteht.

Auch von unserer Seite wurde himmelschreiendes Unrecht, wurden unvorstellbare Verbrechen begangen. Wir bitten unsere Opfer wir bitten das deutsche Volk um Vergebung. Dieses Eingeständnis kann und soll uns befähigen, einander die Hände zu reichen und miteinander in eine bessere Zukunft zu gehen.

Gemeinsam wollen wir zu unserem himmlischen Vater beten: Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.

Amen.<<

03.10.1996

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Oktober 1996: >>Polen hofft auf Opel

... Der Rüsselsheimer Autohersteller Opel hat am Mittwoch den Startschuß zum Bau eines 470 Millionen DM teuren Werks in Polen gegeben, von dem aus der boomende osteuropäische Automarkt erobert werden soll. Den symbolischen ersten Spatenstich in der oberschlesischen Industriestadt Gleiwitz führten der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Bundesaußenminister Klaus Kinkel und Opel-Chef David Herman aus.

... Keinesfalls vorgesehen sei die Belieferung des deutschen Marktes von Polen aus. Auch würden keine Arbeitsplätze aus der Bundesrepublik nach Gleiwitz verlegt, versicherte Herman. Die geplante enge Zusammenarbeit mit Opel Eisenach sicherte im Gegenteil Beschäftigung in Deutschland.

... Das neue Werk entsteht auf der grünen Wiese in einer Sonderwirtschaftszone, wo in den ersten 10 Jahren gar keine und dann weitere 10 Jahre lang nur 50 Prozent Steuern gezahlt werden müssen. Die Lohnkosten betragen ein Zehntel von denen in Deutschland.<<

26.10.1996

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Oktober 1996: >>Das herrenlose Vermögen ermordeter Juden belastet die Schweiz

Ein jetzt bestätigter Geheimvertrag mit Polen wirft Schatten auf eine Nation, die bisher als demokratisches Musterländle galt.

Von einer beispiellosen Kampagne gegen die Schweiz ist in einem kaum zu übersehenden Inserat in der "Neuen Zürcher Zeitung" die Rede. Darin heißt es: "In den vergangenen Wochen war keine Sensationsmeldung über angeblich in der Schweiz verschwundene deutsche Kriegsbeute zu unglaublich, zu phantasievoll, zu reißerisch, um nicht in Großaufmachung durch die internationale Presse geistern zu können. ..."

Solche herzhafteste Medienschelte ist Wasser auf die Mühlen jener Eidgenossen, bei denen der Patriotismus nach wie vor hoch im Kurs steht. Den einen oder anderen unter ihnen mag es sogar freuen, daß der Verfasser der Anzeige Michael E. Dreher ist, legendärer Gründer der Auto-Partei, die sich heute großspurig Freiheitspartei nennt. Für eben diese Partei wirbt Dreher denn auch mit seiner Anzeige.

Besonders erbost ist eine Aussage von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der in einem Interview zum Thema Raubgold und Judengelder behauptete: "Die Schweizer schauten nur zu und profitierten."

Bubis geht davon aus, daß die Nazis seinerzeit einen Teil der geraubten Schätze verkauften und damit "sowohl ihre Importe bezahlt wie auch Reserven auf Schweizer Konten gebildet hätten.

Ähnliche Vorwürfe an die Schweiz kommen heute besonders aus Amerika, wo der New Yorker Senator Alfonse D'Amato nicht müde wird, immer wieder für Aufregung zu sorgen. Mit jedem neuen Verdacht verwandelt sich das Bild des Schweizer Musterknaben in Sachen "political correctness" zu dem des Prügelknaben.

So hat die Schweizer Regierung, aufgeschreckt durch immer neue Enthüllungen, eine Gruppe von Historikern eingesetzt, die Licht bringen soll in ein - wie Bundesrat Kaspar Villiger es ausdrückt - Gestrüpp von Fakten, über die man noch nicht alles weiß." Auf Grund der bisherigen Informationen fügte er hinzu, habe er bei dem jüngst bekannt gewordenen Geheimvertrag mit Polen aus dem Jahr 1949 aber "kein sehr gutes Gefühl".

Das schlechte Gefühl des Bundesrats ist berechtigt, denn Polens Außenminister Dariusz Rosa-

ti bestätigte ... erstmals öffentlich, daß es einen Geheimvertrag mit der Schweiz über die Konten jüdischer Holocaust-Opfer gegeben habe. In einem Radiointerview meinte der polnische Außenminister, der Vertrag habe "gegen geltendes Recht verstoßen". Nach diesem Abkommen aus dem Jahre 1949 sollten Schweizer, die nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen Vermögen verloren hatten, unter anderem mit dem Geld von polnischen Nazi-Opfern entschädigt werden können.

Die Vereinbarung sah auch vor, das Geld von Schweizer Konten ermordeter polnischer Juden der Polnischen Nationalbank zu überweisen. Das sei nicht hinnehmbar, erklärte der polnische Außenminister: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in einem Rechtsstaat entscheiden kann, daß private Konten polnischer Bürger in Staatshand übergehen, wenn es eine bestimmte Zeit keine Kontobewegungen gegeben hat."

... Die Schweizer fühlen sich von der Vergangenheit eingeholt und überrumpelt. Viele wollen es heute noch nicht wahrhaben, daß ihr Land in den Kriegsjahren eine wichtige Rolle als Waffenlieferant Nazideutschlands spielte und wahrscheinlich deswegen verschont blieb.

Schwerer noch wiegt jetzt die Bestätigung des Verdachts, daß die Schweiz nach dem Krieg die herrenlosen Gelder aus Polen ohne gewissenhafte Suche nach den Erben dem polnischen Staat - und nicht etwa jüdischen Organisationen - übergeben hat.

"Wir haben ein Imageproblem", gestand Hans Meyer, Präsident der Schweizerischen Nationalbank, vor kurzem seinen Kollegen in Washington. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Suche nach den "Schweizer Konten von ermordeten Juden" (x169/99-104): >>... Zunächst behauptete die Holocaust-Industrie, Schweizer Banken hätten gesetzlichen Erben von Holocaust-Opfern systematisch den Zugang zu nachrichtenlosen Konten mit einem Wert von 7 bis 10 Milliarden Dollar verweigert. "Während der letzten fünfzig Jahre", schrieb "Time" in einer Titelgeschichte, sei es eine "Generalanweisung der Schweizer Banken gewesen, Überlebende des Holocaust hinzuhalten und abzuwehren, wenn sie sich nach den Konten ihrer verstorbenen Verwandten erkundigten".

Mit einem Hinweis auf die Geheimhaltungsvorschriften, die die Schweizer Banken 1934 zum Teil deswegen erlassen hatten, weil sie verhindern wollten, daß jüdische Anleger von den Nazis abkassiert wurden, trug D'Amato dem Bankenausschuß des Kongresses vor: "Ist es nicht eine Ironie, daß genau das System, mit dem die Leute ermutigt wurden, Konten zu eröffnen - daß genau dessen Geheimhaltungsvorschriften dann dazu benutzt wurden, eben diesen Leuten und deren Erben ihr Erbe, ihr Recht zu verweigern? Man hat es pervertiert, verdreht, in sein Gegenteil verkehrt."

Atemlos erzählt Bower, wie ein entscheidendes Beweisstück für die schweizerische Perfidie gegenüber Holocaust-Opfern entdeckt wurde: "Glück und Fleiß brachten eine kostbare Information zu Tage, und sie bestätigte die Berechtigung von Bronfmans Klage. Ein Geheimdienstbericht aus der Schweiz vom Juli 1945 erwähnte, daß Jacques Salmanovitz, der Eigentümer der Société Générale de Surveillance (SGS), eines Notariatsbüros und einer Treuhandfirma mit Kontakten zu den Balkanstaaten, eine Liste mit 182 jüdischen Klienten besaß.

Sie hatten diesem Treuhänder 8,4 Millionen Schweizer Franken und etwa 90.000 Dollar anvertraut, bevor sie aus den Balkanstaaten in die Schweiz gekommen waren. In dem Bericht wurde festgestellt, daß die Juden ihren Besitz noch nicht zurückgefordert hätten. Rickman und D'Amato waren begeistert."

Auch in seinem eigenen Bericht brandmarkt Rickman diesen "Beweis für schweizerische Kriminalität". In diesem speziellen Kontext erwähnt jedoch keiner der beiden, daß Salmanovitz Jude war. ...

Gegen Ende 1996 lieferte ein Auftritt älterer jüdischer Frauen und eines Mannes vor dem Bankenausschuß des Kongresses ein bewegendes Zeugnis für die Rechtsverstöße der Schwei-

zer Bankiers. Doch laut Itamar Levin, einem Redakteur der größten israelischen Wirtschaftszeitung, hatte keiner dieser Zeugen "einen wirklichen Beweis für die Existenz von Vermögenswerten bei Schweizer Banken".

Um den theatralischen Effekt dieser Zeugenaussage zu steigern, rief D'Amato Elie Wiesel als Zeugen auf. In seiner später weithin zitierten Aussage beteuerte Wiesel, er sei schockiert - schockiert! - gewesen von der Enthüllung, die Täter des Holocaust hätten versucht, Juden auszuplündern, ehe sie sie ermordeten: "Anfangs glaubten wir, die Endlösung sei allein durch eine vergiftete Ideologie motiviert gewesen. Nun wissen wir, daß sie nicht einfach, so schrecklich das klingen mag, nur Juden töten wollten: Sie wollten jüdisches Geld. Jeden Tag erfahren wir mehr über diese Tragödie. Gibt es denn für Schmerz keine Grenze? Keine Grenze für den Frevel?"

Natürlich ist es kaum eine Neuigkeit, daß die Nazis die Juden ausplünderten; ein großer Teil von Raul Hilbergs 1961 veröffentlichter grundlegender Untersuchung, "Die Vernichtung der europäischen Juden", ist der Enteignung der Juden durch die Nazis gewidmet.

Man hat auch behauptet, die Schweizer Bankiers hätten die Einlagen von Holocaust-Opfern kassiert und systematisch entscheidende Unterlagen vernichtet, um die Spuren zu verwischen, und nur Juden seien derlei Scheußlichkeiten zugefügt worden. Bei einer Anhörung griff die Senatorin Barbara Boxer die Schweizer an und bekundete: "Dieser Ausschuß wird ein doppeltes Spiel der Schweizer Banken nicht hinnehmen. Erzählen Sie der Welt nicht, sie würden suchen, während sie Akten vernichten."

Doch leider erschöpfte sich der propagandistische Wert der älteren jüdischen Kläger, die die Perfidie der Schweizer bezeugten, recht schnell. Dementsprechend versuchte die Holocaust-Industrie einen neuen Skandal ausfindig zu machen. Die Begeisterung der Medien machte sich an dem von der Schweiz gekauften Gold fest, das die Nazis während des Krieges in den Zentralbanken Europas erbeutet hatten. Auch das war in Wahrheit längst bekannt, wurde aber als aufsehenerregende Enthüllung verkündet.

Arthur Smith, der Autor einer Standarduntersuchung zu diesem Komplex, sagte bei der Anhörung des Repräsentantenhauses: "Ich habe mir den ganzen Morgen und heute nachmittag Dinge angehört, die in weitem Umfang schon seit einigen Jahren in ihren Grundzügen bekannt sind; ich bin überrascht, daß vieles als neu dargestellt wird."

Bei diesen Anhörungen ging es jedoch nicht um Information, sondern, mit den Worten der Journalistin Isabel Vincent darum, "sensationelle Stories zu bekommen". Wenn man ausreichend mit Schlamm warf, konnte man durchaus davon ausgehen, daß die Schweiz klein beigeben würde.

Das einzige wirklich Neue war die Behauptung, die Schweizer hätten wissentlich mit dem "Gold von Opfern" Handel getrieben. Das heißt, sie kauften große Mengen Gold auf, das die Nazis in Barren umgeschmolzen hatten, nachdem sie es Opfern der Konzentrationslager abgenommen hatten.

"Der WJC", schreibt Bower, "brauchte ein emotional besetztes Thema, das den Holocaust und die Schweiz miteinander verknüpfte." Dementsprechend sah man diese neuerliche Enthüllung schweizerischer Tücke als Geschenk des Himmels an.

Es gab "nur wenige Bilder", fährt Bower fort, "die aufwühlender waren als das Herausbrechen der Goldfüllungen aus den verzerrten Mündern toter Juden, die man aus den Gaskammern der Vernichtungslager gezogen hatte."

"Die Tatsachen sind sehr, sehr betrüblich", brachte D'Amato bei der Anhörung vor dem Repräsentantenhaus in klagendem Tonfall vor, "weil sie uns von der Plünderung der Besitztümer aus Wohnungen und Nationalbanken berichten, von den Todeslagern, den Uhren und Armreifen und Brillengestellen aus Gold und den Zahnfüllungen der Menschen."

Neben den Vorwürfen, den Zugang zu Holocaust-Konten zu behindern und mit geplündertem

Gold gehandelt zu haben, sahen die Schweizer sich auch mit der Anschuldigung konfrontiert, sie würden mit Polen und Ungarn gemeinsame Sache machen, um Juden zu betrügen. Hier hielt man ihnen vor, Gelder von nicht beanspruchten Schweizer Konten, die polnischen und ungarischen Staatsbürgern gehörten (die aber nicht alle Juden waren), würden von der Schweiz als Entschädigung für schweizerischen Besitz verwendet, den diese Regierungen verstaatlicht hatten.

Rickman bezeichnet dies als "aufregende Enthüllung, eine, die den Schweizern die Socken von den Füßen reißen und einen Feuersturm verursachen wird". Doch die Fakten waren schon weithin bekannt und in amerikanischen Zeitschriften der frühen fünfziger Jahre veröffentlicht worden. Und angesichts des ganzen Mediengeschreis belief sich die entsprechende Summe schließlich auf weniger als eine Million Dollar nach heutigem Wert.

Bereits vor dem ersten Senatshearing über die nachrichtenlosen Konten im April 1996 hatten die Schweizer Banken eingewilligt, einen Untersuchungsausschuß einzurichten und sich dessen Ergebnissen zu unterwerfen. ...<<

Oktober 1996

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...):

>>Woher der Haß?

Fassungsloses Entsetzen: "Woher der Haß?" Irmgard Fides Behrendt fragt so inmitten der nicht enden wollenden, immer neuen Plünderungs-, Vergewaltigungs- und Mordwellen von seiten einer oft alkoholisierten, verwahrlosten sowjetischen Soldateska bei deren Überfall auf die Zivilbevölkerung 1945 im friedlichen Ostpreußen. ...

Wir wissen aber heute besser als damals, woher Haß und vertierte Brutalität in der Roten Armee kamen. Das in mehrfacher Hinsicht hervorragende Werk von Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945" ... hat den geplanten Angriffskrieg Stalins, dem Hitlers Angriff gerade noch zuvorkam, in seinem inneren wie nach außen gewendeten strukturellen Terrorcharakter dargestellt.

Ich zitiere einige Kapitelüberschriften des genau quellenmäßig belegten Buches: Durch Terror zum Kampf. Sowjetsoldaten werden ins Feuer getrieben - Sowjetsoldaten dürfen sich nicht gefangen geben. Verhinderung der Flucht nach vorn - Der Terrorapparat. Wie "Massenheroismus" und "Sowjetpatriotismus" erzeugt wurden - Sowjetische Untaten werden den Deutschen zugeschrieben – Die antideutschen Volks- und Rassenhetze - Die Ermordung deutscher Kriegsgefangener begann bereits am 22. Juni 1941 – Greuelthaten der Roten Armee beim Vordringen auf deutschen Boden ...

Was die grauenhaften Erlebnisse der ostdeutschen Bevölkerung 1945 anlangt und die fassungslose Frage: Woher der Haß?, so mögen Ursachen aus einigen Zitaten des Buches faßbar werden. Sie beziehen sich auf Ilja Ehrenburg, den von Stalin eingesetzten Lehrmeister der Roten Armee. Schon am ersten Kriegstag nennt er die deutschen Soldaten: Räuber, Kindermörder, keine menschlichen Wesen, schädliches Ungeziefer, gigantische Gangsterbande, schlimmer als wilde Bestien, verglichen mit ihnen sind Kaffern und Zulus noch kultiviert, Perverse, Sodomiten und Süchtige, leichenfressende Dämonen und Vampire (ebda. S. 200, 202, 204).

Im Oktober 1942 heißt es in seinem berüchtigten Aufruf: Töte!, "der unter den sowjetischen Truppen weiteste Verbreitung fand und den Rotarmisten immer wieder eingehämmert wurde": "Von nun an ist das Wort 'Deutscher' für uns der allerschlimmste Fluch. Von nun an bringt das Wort 'Deutscher' ein Gewehr zur Entladung ... Wenn Du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für Dich ein verlorener Tag gewesen ... Für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen ..." (S. 206)

Seine Aufrufe zu Plünderungen, systematischen Vergewaltigungen etc. schließen sich konse-

quent an. Es hat m.E. wohl kaum je einen Schreibtischtäter gegeben, dessen Hetz-, Haß- und Aufstachelungstiraden massenhaft Fürchterlicheres angerichtet haben als die von Ilja Ehrenburg.

3. Zivile Opfer allein in den Ostprovinzen: "120.000 Männer, Frauen und Kinder größtenteils von Sowjetsoldaten ermordet und 100.000 bis 200.000 weitere in Gefängnissen und Lagern zugrundegegangen. 200.000 Menschen starben während der ab 3. Februar 1945 einsetzenden Deportationen und in der sowjetischen Sklaverei und unendlich viele - in Königsberg allein 90.000 - an den unmenschlichen Lebensbedingungen unter sowjetischer Militärverwaltung in der nachfolgenden Okkupationszeit. Extrem hoch war auch die Rate derer, die ihrem Leben aus Verzweiflung selbst ein Ende machten.

Die ungeheuren Menschenverluste, die durch unmittelbare Gewaltanwendung oder in den Gefängnissen, Konzentrationslagern und Vernichtungslagern in Polen, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei eingetreten sind, sollen in diesem Zusammenhang dabei ebenso außer Betracht bleiben wie die mindestens 65.000 Zivilpersonen, die in den sowjetischen Konzentrationslagern der Besatzungstruppen an Hunger und Seuchen zugrunde gingen." (S. 253 f.)

Es erscheint als eines von leider vielen Beispielen geradezu perverser Würdelosigkeit, die mit jenen ("in der Geschichte Europas einmaligen" Pius XII.) Ereignissen verbundene Beendigung des Krieges als "Befreiung" feiern zu wollen.

Auch hat man noch nicht gehört, daß den Millionen Opfern, tapferen Soldaten (insbesondere auch der Marine, die in einem beispiellosen Einsatz Millionen retten konnte), und Vergewaltigten ein würdiges nationales Gedenken und Denkmal gewidmet worden wäre. Man denkt da heute mehr an Deserteure und fremde Völker ... und will am liebsten bei den Jubelfeiern der antideutschen und (im Falle der Sowjets und Roosevelts) antieuropäischen Sieger mitmachen.

...

4. Woher der Haß? Aufhetzen zu Rache und Blutrausch, Aufstacheln zu Vergewaltigung, Vernichtung und Plündern manipulieren menschliche Urtriebe, indem sie Schnellerfüllung und Folgenlosigkeit versprechen und - durch Mißbrauch von ideologischem Moralin ("gerechte Sache") auch noch ein gutes Gewissen dabei machen. Ein Charakteristikum solcher Verursacher wüster und massenhafter Barbarei sind dabei (gruppen-)psychodynamische ad hoc Konsensprozesse, die Andersdenkende zum Schweigen bringen, heimtückisch fertigmachen, ausschließen, unterdrücken, dann so oder so liquidieren.

Selbstverständlich ist dergleichen nicht auf die Sowjets beschränkt, in unseren Tagen haben wir das im ehemaligen Jugoslawien in grauenhafter Weise genauso wieder mit ansehen müssen. Und Europa hat - entgegen übrigens der törichten schon widerlegten Behauptung, durch ihre Existenz gebe es keinen Krieg mehr - zugesehen, sich zerstritten und schändlichst versagt.

Wäre Deutschland wirklich frei (von EU-Fesseln) gewesen, hätte es selbständig - verhindernd, helfend - handeln können. Aber auch die Kampagnen gegen die sog. Fundamentalisten, die sog. Sekten, den sog. Ausländerhaß (von seiten einer gewissen anti-nationalen Inländerfeindschaft), tragen die erwähnten heimtückischen Züge: Totschweigen (etwa des gigantischen Asylschwindels) durch zersetzendes Tabuieren mit Hilfe von niederhaltendem, unklaren, täuschend-vergiftetem Moralin nebst Gesinnungsterror und entsprechendem Denunziantentum. Die fürchterlichen Vorgänge in China ("Kulturrevolution") mit zigmillionen Umgebrachten), Tibet (Genozid), Kambodscha u.a.m. seien hier nur genannt. ...<<

Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **Erziehen ohne Gott?**

... Erziehung mit Gott - das heißt, täglich mit unseren Kindern den Weg des Guten, des Lebensvollen, des Aufbauenden zu suchen, weil wir wissen, daß wir im Dienst der Schöpfung

stehen. Ein Geist dieser Art läßt z.B. nicht zu, daß Kinder Dinge tun, die ihre Gesundheit schädigen; denn er weiß, daß wir nicht aus Zufall oder Spaß existieren, sondern um Gottes Willen, um der Liebe voranzuhelfen.

Kinder, denen dieser Zusammenhang vermittelt wird - zunächst durch das Vorbild der Eltern, dann aber auch in der Schule, und hier wie dort auch dadurch, daß man es den Kindern an der Schwelle zum Jugendalter sagt -, haben keine Not damit, hoffnungslos nach dem Sinn des Lebens zu fragen und zu resignieren, weil sie ihn nicht entdecken können. Wer seinen Kindern den Lebenssinn von uns Menschen glaubhaft vorlebt und sie darin unterrichtet, der kann die Hoffnung haben, daß die Kinder mit zupacken, weil sie spüren, wie nötig sie in dieser wahnwitzig zerstörerischen Welt gebraucht werden.

Es ist auch Erziehung ohne Gott, wenn man die Kinder über die Medien gegen ihre Eltern aufhetzt; denn das geschieht nicht von ungefähr. Dahinter steckt jener Feldzug, der unter der Devise "Marsch durch die Institutionen" die Absicht verfolgt, die Kinder dazu zu bringen, sich aus den Familien zu lösen (auch durch frühen Geschlechtsverkehr vom 13. Lebensjahr ab), damit diese dann als gewalttätige Revoluzzer unsere Lebensform in den Orkus (Totenreich) schicken, zu dem Zweck, eine neue Gesellschaft hervorzubringen, in der der Mensch sich als Gott aufspielt und den neuen, gerechten Menschen allein hervorbringt.

Dieser gefährliche Geist besonders ist schon in viele junge Menschen eingefahren, weil sie verführt worden sind von der Vorstellung, der Mensch könne ohne Gott das Paradies der Zukunft selbst schaffen. Dies ist der Geist, der seit 1917 in Rußland praktiziert wurde, in dessen Zug 30 Millionen Russen von Russen umgebracht und Tausende und Abertausende von Kirchen zerstört wurden.

Davor gilt es, unsere Kinder und deren Zukunft zu bewahren; denn die Früchte dieser Götzenherrschaft des Menschen lassen sich in der Knechtschaft des armen russischen Volkes ganz deutlich ablesen - sie heißen: Elend des Volkes und brutale, barbarische Diktatur der anmaßenden Machthaber.

Es ist unendlich wichtig, unsere Kinder heute rechtzeitig vor den falschen Propheten zu bewahren, die ihnen vorgaukeln, es könne eine von Menschenhand gemachte, gerechte Gesellschaft geben. Es ist nötig, dies unseren Kindern zu verdeutlichen, bevor sie in den Bann der falschen Propheten geraten sind. Wir müssen den Geist des Gehorsams gegen den Geist des abgefallenen Menschenhochmuts setzen! Wir müssen uns Kraft holen aus dem Geist der Liebe, der Christus heißt! ...<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **47. Tag der Heimat - ein Rückblick**

... Es war eine peinliche Entgleisung, als ein einsamer Zwischenrufer die Rede des Bundespräsidenten mit "Vaterlandsverräter" unterbrach. Dieser bedauerliche Fauxpas spiegelt aber keineswegs die Einstellung der Heimatvertriebenen wider, wenngleich sie von den Ausführungen Roman Herzogs sicher etwas anderes erwartet hatten. Sein Redenschreiber bewies keine glückliche Hand, als er manche Formulierung wählte, welche die Heimatvertriebenen zutiefst verletzen mußten.

Wenn der Bundespräsident ausgerechnet vor Menschen, die mit unglaublicher Brutalität unter Verlust von etwa 3 Millionen Angehöriger sagte, "daß die durch den Krieg verlorenen Ostgebiete zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat gehören", mag dies den Forderungen der political correctness genügen, kaum aber den Erwartungen der Heimatvertriebenen an ihr Staatsoberhaupt gerecht werden.

Ein Wort des Trostes für das unermeßliche Leid vergangener Tage hätte den gedemütigten und geschundenen Opfern haßerfüllter Sieger gutgetan. Der barmherzige Samariter des Evangeliums goß Öl und Wein in die Wunden dessen, der unter die Räuber gefallen war. Warum

sich der Redenschreiber für Essig entschied, bleibt unerfindlich. Westdeutschen, die unangefochten in ihrer Heimat leben konnten, mag der Verlust der Heimat von Millionen Ostdeutscher wenig bedeuten. Um so schwerer wiegt er für die Betroffenen, deren Wunden nicht heilen wollen.

Kehren wir zum Zwischenrufer zurück. So inakzeptabel sein "Vaterlandsverräter" war, so menschlich begreiflich erscheint sein Fauxpas auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Beteuerungen sämtlicher verantwortlichen Politiker von Konrad Adenauer über Willy Brandt bis Herbert Wehner, die sich über alle Parteigrenzen hinweg einmütig zu den Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 bekannten. Alle stimmten mit der Erklärung der sozialdemokratischen Politiker Ollenhauer, Wehner und Brandt in ihrem Grußwort zum Schlesiertreffen im Juni 1963 überein:

"Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen.

Verzicht ist Verrat. Wer wollte das bestreiten! Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. Niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen und geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."

Wenn der Bundespräsident erklärte, Deutschland habe keine Gebietsansprüche, wird ihm auch jeder Heimatvertriebene zustimmen. Natürlich erheben wir keine Gebietsansprüche an Polen und Russen, wohl aber stimmen alle rechtlich denkenden Deutschen mit der Erklärung Professor Hallsteins vom Oktober 1956 vor dem Deutschen Bundestag überein, daß die Heimatvertriebenen "niemals auf den Anspruch verzichtet haben, ihre Heimat in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit wiederzuerlangen."

Wenn Politiker erklären, der Verlust eines Viertels Deutschlands sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg, steht ihr Argument auf tönernen Füßen. Mit derselben Logik und Konsequenz müßten England, Frankreich, Rußland und Polen erhebliche Teile ihres Landes abtreten, weil sie ausnahmslos alle seit 1800 wesentlich mehr Kriege geführt haben als Deutschland.

England liegt mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland zog in 63 Eroberungskriege und Polen in 32. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland, einschließlich Preußen, liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.

Erinnern wir uns der Worte des großen Friedenspapstes Pius XII: "Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!"

Der völkerrechtswidrige und menschenverachtende Raub eines Viertels Deutschlands mag Europa vor neuen gewaltsamen Konflikten bewahren. Zu echter Versöhnung oder gar Freundschaft mit den östlichen Nachbarn leistet er keinen Beitrag. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>>>... **Was man von "kleinen Nationen" lernen kann** - Nach dem estnischen Staatspräsidenten Meri gab Ungarns Ministerpräsident Horn ein Beispiel

Reden an nationalen Feier- und Gedenktagen können wahre Glücksfälle sein. Das zeigte sich vor Jahresfrist auf dem "Tag der Heimat" in Berlin, als der estnische Staatspräsident Meri seine deutschen Zuhörer zu mehr nationalem Selbstwertgefühl ermunterte und vor einem gebrochenen Verhältnis zur eigenen Geschichte warnte.

Und das bestätigte sich am 3. Oktober 1996 aufs neue. Da hielt der ungarische Ministerpräsident Gyula Horn die Hauptrede auf der zentralen Festfeier zum "Tag der deutschen Einheit" in München. In ihr grenzte er den Rückblick nicht auf die zurückliegenden sieben Jahre seit seiner folgenreichen Grenzöffnung ein und begnügte sich auch nicht mit feierlichen Bekenntnissen zu Europa, sondern erweiterte seine Vergangenheitsschau bis ins frühe Mittelalter.

Sicher nicht nur als höfliche Reverenz vor dem Land seines Auftritts Bayern, wo sich der erste ungarische König mit einer bajuwarischen Prinzessin vermählte und sich um die Jahrtausendwende dem römischen Christentum anschloß und wohl auch nicht nur, um an ausgewählten Beispielen die herkömmlich guten ungarisch-deutschen Beziehungen seit der "schwäbischen" Südosiedlung zu beschwören. Vielmehr um ein Datum in Erinnerung zu rufen, dessen epochale Folgeschwere hierzulande schier chronisch "übersehen" wird: den Abschluß der "Pariser Vorortverträge" von 1919 und 1920.

Gyula Horn sprach vom "Friedensvertrag von Trianon", den die Vertreter Ungarns als Mitverlierer des Ersten Weltkriegs am 4. Juni 1920 im Pariser Vorort Trianon unterschreiben mußten. Ähnlich wie die "Friedens-Verträge" von Versailles (für Deutschland) und von St. Germain (für Österreich) ohne die betroffenen Deutschen und Österreicher festgesetzt wurden, hatten auch die Ungarn den ihnen auferlegten "Vertrag" unter Kriegsandrohung anzunehmen und sich in ihm zusammen mit ihren früheren Verbündeten als "alleinschuldig" am Krieg zu erklären.

Noch umfangreicher als die deutschen und die österreichischen Bevölkerungs- und Landverluste waren die ungarischen Abtretungen, sieht man von der zusätzlichen Wegnahme der deutschen Kolonien und der territorialen Aufteilung der Habsburger Monarchie unter die sogenannten "Nachfolgestaaten" ab.

Da wurde Ungarn gezwungen, auf über 70 Prozent seines bisherigen Territoriums und fast zwei Drittel seiner Bewohner zu verzichten. So ging das bisherige "Oberungarn" als Slowakei mit Böhmen und Mähren zusammen und bildete die "Tschecho-Slowakei", und wurden Siebenbürgen und das Banat an Rumänien gegeben. Ihre ungarischen und deutschen Bewohner sahen sich in den nachfolgenden Jahren ähnlichen Bedrängnissen ausgesetzt wie die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei und erlebten das erhoffte Selbstbestimmungsrecht nur als papiernes Versprechen.

An dieses Schicksal erinnernd nannte Gyula diese Menschen teilnahmsvoll "unsere Verwandten" und bekundete ihnen seine landsmannschaftliche Sympathie. Eine Geste, die ihn vielleicht im patriotischen Verständnis auch 1989 bestimmt haben könnte, die in sein Land gekommenen Mittel- und Ostdeutschen zu ihren westdeutschen Landsleuten weiterreisen zu lassen und ihnen dafür die ungarische Grenze zu öffnen.

Nahtlos sich anfügend an Horns aufrichtiges Bedauern über die Vertreibung der Ungarndeutschen, die ihn menschlich offenbar mehr bewegte als manche nachgeborene westdeutsche Landsleute, die in ideologischer Verwilderung die Heimatvertriebenen gar schon als "Ewiggestrige" beschimpfen.

Es steht dahin, ob diese Zeitgenossen noch eines besseren belehrt werden und von einem Gyula Horn oder Staatspräsident Meri lernen können. ...<<

13.11.1996

BRD: Der deutsche Journalist Dieter Bartetzko schreibt am 13. November 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über das geplante gigantische Berliner "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" (x268/228-229): >>... Die unbeirrbaren Befürworter eines erschlagend monumentalen Mahnmals ... übersahen, daß ihr Riesenbau verzweifelt an die Architekturhybris der Nazis erinnert, die Speers Nord-Süd-Achse mit dem höchsten Triumphbogen der Welt abschließen wollten, auf dessen Fronten die Namen aller gefallenen deutschen Soldaten eingemeißelt werden sollten.<<

29.11.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. November 1996: >>**Weg zur Aussöhnung mit Prag ist frei**

Nach 2jährigem Tauziehen scheint der Weg zur Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung noch vor Weihnachten offen. ...

Nach dem Bericht von "Mlada fronta dnes" wird die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende aus der Tschechoslowakei in der letzten Textfassung als "Austreibung" oder "Zwangsaussiedlung" bezeichnet.

Der Begriff "Vertreibung" werde für das Schicksal der Tschechen verwendet, die mit dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht die damaligen Grenzgebiete verlassen mußten.<<

November 1996

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im November 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 – 1996 (x853/...): >>... **Übersehene Tatsachen und Zusammenhänge**

Was in der Diskussion über die deutsch-tschechische "Abschluß-Erklärung" stets zu kurz kam

Schon die unterschiedlichen Bezeichnungen deuten den Standpunkt an. Sprechen die einen von der "Schlußstrich-Erklärung" der deutschen und der tschechischen Regierung, melden sie indirekt bereits ihre Vorbehalte an - und reden die anderen von der deutsch-tschechischen "Versöhnungs-Erklärung", geben sie mit diesem positiven Ausdruck gleichfalls ihre - diesmal zustimmende - Haltung zu erkennen. Und beide Seiten haben ihre Gründe.

Sehen die einen die Vergangenheit nicht angemessen gewürdigt, geben sich die anderen zukunftsorientiert und schauen in erster Linie nach vorne. Zusätzlich bemühen sie noch die Moral und unterstreichen die Verpflichtung Deutschlands, die tschechischen NS-Opfer zu entschädigen und diese Pflicht im Rahmen der "Versöhnungs-Erklärung" anzuerkennen und zu erfüllen.

Den Kritikern der "Schlußstrich-Erklärung" scheint damit ein unüberwindliches Argument entgegengehalten und eine weitere Ablehnung nicht mehr gestattet. Ein genauerer Blick in die Geschichte und ihre Zusammenhänge löst diesen Konflikt zwischen angemahntem Heimatrecht und menschlicher Moral freilich auf. ...

Ebenso lassen die meisten Befürworter der von ihnen angemahnten "Versöhnungs-Erklärung" mit der widerspruchswidrigen Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" den ideologischen "Hintermann" dieser menschenrechtswidrigen Verfügungen außer Betracht: Sowjetdiktator Josef Stalin.

Er tritt in jener programmatischen Erklärung deutlich in Erscheinung, aus welcher sich Ziel und Inhalt der "Benesch-Dekrete" folgerichtig ableiten, dem sogenannten "Kaschauer Programm der Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken" vom 5. April 1945. Darin wird die Sowjetunion als "unser großer Verbündeter" gefeiert und vom "glorreichen Siegeszug" der "Roten Armee" gesprochen.

Der Westmächte und ihres Beitrages zur Befreiung wird nur beiläufig in Nebensätzen gedacht. Im wesentlichen haben sie nur ungebetene Ratschläge für die Behandlung der Sudetendeutschen bekommen und wurde den amerikanischen Truppen empfohlen, "sehr streng mit den Deutschen zu verfahren".

Wenn sich auch die amerikanischen Soldaten von diesen Anschwärmungen der Sudetendeutschen nicht sonderlich beeinflussen ließen und sich ihrerseits verschiedenenorts von den brutalen Mißhandlungen der Deutschen durch aufgehetzten tschechischen Mob betroffen zeigten, wie erhalten gebliebene Fotos und Zeitzeugnisse belegen, so schlugen sie sich doch in einigen späteren Äußerungen amerikanischer Persönlichkeiten nieder. Der Brief General Clays an die deutschen Erzbischöfe und Kardinäle vom 15. Juli 1946, in dem die Sudetendeutschen als Unruhestifter und "umstürzlerische Elemente" bezeichnet werden, ist ein Beispiel für eine solche "politische Langzeitwirkung".

Schien Edvard Benesch bis 1943 ein treuer Gefolgsmann Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gewesen zu sein und nicht von ungefähr seine Exilregierung in London etabliert zu haben, geriet er mit Abschluß des tschechisch-sowjetischen Vertrags "über die Freundschaft

und den gegenseitigen Beistand und die Zusammenarbeit nach dem Kriege" vom 12. Dezember 1943 immer stärker unter den Einfluß Stalins. Diese zunehmende politisch-ideologische Abhängigkeit der tschechischen Führung von Moskau schlug sich bis in die Ähnlichkeit der einzelnen Formulierungen nieder und weist eine Linie vom obigen Moskauer Vertrag über das "Kaschauer Programm" bis zu den sogenannten "Benesch-Dekreten" auf.

Hieß es beispielsweise im Moskauer "Freundschafts- und Beistandspakt, daß "alle, die Hitler aktiv geholfen haben und sich des Hochverrats gegen die Republik schuldig gemacht haben, einschließlich Ausweisung aus der Republik und Beschlagnahme des Vermögens bestraft werden", liest sich die gleiche Absicht im "Kaschauer-Programm" (Abschnitt VIII) so:

"... diejenigen Deutschen, ... welche wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk ... verurteilt werden, werden der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt und für immer aus der Republik ausgewiesen", um sich dann im "Dekret des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik vom 21. Juni 1945 über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Magyaren wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und slowakischen Volkes" mit den Worten zu wiederholen:

"... von dem Bestreben geleitet, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen ... Gutsbesitzer, wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen, ... wird mit augenblicklicher Wirksamkeit und entschädigungslos das landwirtschaftliche Vermögen enteignet, das im Eigentum steht aller Personen deutscher ... Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit".

Eine Gedanken- und Ziellinie, die sich auch in anderen Erklärungen von 1943, weiteren Programmpunkten der "Kaschauer Beschlüsse" und in den übrigen "Benesch-Dekreten" erkennen und verfolgen läßt.

Die von der heutigen tschechischen Staatsführung immer noch als "legal" und "legitim" angesehenen "Präsidenten-Dekrete" von 1945 entpuppen sich in Wahrheit als Überreste stalinistischer Expansionspolitik und Revolutionsstrategie. Mit der Enteignung und Entwurzelung von Millionen Menschen sollte in Rest-Deutschland und Mitteleuropa ein "revolutionäres Potential" geschaffen werden, das die Sowjetisierung ganz Europas vorbereitet.

Als materielle Habenichtse waren die deutschen Vertriebenen aus den Ostprovinzen des Reiches und aus dem Sudetenland als "sozialer Sprengsatz" gedacht, welcher die westlich-bürgerliche Gesellschaft zu gegebener Zeit "zur Explosion" zu bringen hatte.

Zum Leidwesen Stalins und seiner Kremlstrategen sanken die deutschen Heimatvertriebenen jedoch nicht zu diesem "revolutionären Treibsatz" herab, sondern legten als überzeugte Antikommunisten fleißig Hand ans Wiederaufbauwerk Deutschlands und schufen sich dabei eine neue Heimat.

Grund genug für Stalin und seine westlichen Mitläufer, die deutschen Heimatvertriebenen mit einem Rachefeldzug zu überziehen und sie durch Diffamierungen und Verleumdungen politisch mundtot zu machen. Daß diese Kräfte noch bis in die Gegenwart aktiv sind, zeigt sich nicht nur in der vielfältigen Deklassierung der sudetendeutschen und ostdeutschen Landsmannschaften als "Vertriebenenfunktionäre", sondern auch an vereinzelt bereits geglückten Versuchen, Veranstaltungen der Heimatvertriebenen wie den "Tag der Heimat" durch Straßenterror zu verhindern. Die sich als "Antifaschisten" ausgebenden Droh- und Gewaltextremisten verunglimpfen die Heimatvertriebenen als "Ewig Gestrige" und besorgen auf diese Weise posthum das Geschäft Stalins.

In ähnliche Nähe drohen die Verteidiger der "Benesch-Dekrete" zu geraten. Ein Festhalten an diesen menschenrechtswidrigen Verfügungen aus dem Jahre 1945 bedeutete zumindest ein Stehenbleiben in der Nachfolge Josef Stalins und damit eine Konservierung eines Stückes Stalinismus in Mitteleuropa. Schlecht vorstellbar, daß sich nach Kenntnis dieser Tatsachen

und Zusammenhänge westlich-demokratisch ausgerichtete Politiker noch dafür stark machen. Eine "Schlußstrich-Erklärung" mit der Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" und der Verharmlosung der Vertreibung rückte aber die Unterzeichner in die Nähe der Hüter stalinistischen Erbes und verschaffte den menschenrechtswidrigen Gewaltakten des Sowjetdiktators von 1945 noch nachträgliche Anerkennung. ...<<

1996

BRD: Hartmut Hausmann berichtet im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.

Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...

Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Schweiz: Das Schweizerische Bundesarchiv veröffentlicht im Jahre 1996 eine Dokumentation über das Schicksal der abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge "Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945".

Aufgrund dieser Dokumentation hat die Schweiz damals mindestens 30.000 jüdische Frauen, Kinder und Männer an der Grenze abgewiesen (x136/230). Die Zahl der abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge, die vergeblich an den Schweizer Grenzen um eine Einreisbewilligung nachsuchten, ist vermutlich wesentlich höher (x136/231).

1997

So wie der Mensch sich selber hochachtet, achtet er jeden anderen Menschen. Selbstachtung ist also das wahre Mittel, das Menschengeschlecht zu vereinigen.

Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827, schweizerischer Pädagoge)

02.01.1997

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Januar 1997 über Rumäniens EU-Beitrittspläne: >>**Rumänen kämpft um den Anschluß**

... Die Rumänen wollen mehr Tempo bei der Entwicklung ihres Landes, erst recht nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Emil Constantinescu. ...

Besonders wichtig für Rumänien bleibt die europäische und euroatlantische Integration des Landes. Auf Deutschland als dem wichtigsten Handelspartner und die treibende Kraft in der EU richten sich da viele Hoffnungen. ...<<

16.01.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Januar 1997: >>**Lebed warnt in Bonn vor einem Dritten Weltkrieg**

... Am Mittwoch traf sich der russische Gast unter anderem mit dem CDU/CSU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble, mit Joschka Fischer von den Grünen und mit zahlreichen Wirtschaftsvertretern. Der frühere Kommandant der 14. sowjetischen Armee ("Ich bin nicht liberal, ich bin General") entwarf vor seinen Bonnern Gesprächspartnern ein düsteres Bild von den Zuständen in seiner Heimat.

Durch die Schwäche des amtierenden Präsidenten (Boris Jelzin), bedingt durch dessen schwere Krankheit, verharre Rußland in einem Zustand von wirtschaftlichem und politischem Chaos, bedrängt durch das organisierte Verbrechen. Er könne diesen Zustand beenden, lautet die Botschaft Lebeds, aber nur durch "eine Diktatur des Gesetzes".

Die Frage, ob er Demokrat sei, wies Lebed (General und "Mann des Jahres" in Rußland) barsch zurück: "In Rußland gibt es keine Demokraten. Die, das von sich behaupten, sind

Heuchler."

Um ein demokratisches Land zu werden, brauche Rußland noch 2 Generationen, was nach landläufiger Auffassung mindestens 50 Jahre bedeute. Die Gefahr sei groß, sagte Lebed, daß Rußland vollends ins Chaos gleite, "aber wenn ich eine Gefahr sehe, dann nehme ich das Schwert in die Hand. Dann wird die Gefahr den Schwanz einziehen und von selbst verschwinden."

Sollte Rußland auseinanderbrechen, warnte Lebed, werde es einen Krieg geben, den dritten Weltkrieg. Und der werde keine Sieger haben. Dann werden der Welt die Fetzen um die Ohren fliegen.<<

31.01.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Januar 1997: >>Bundestag stimmt für Aussöhnung mit Prag

... Der Bundestag hat am Donnerstag mit breiter Mehrheit der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt. Für das Papier sprachen sich in namentlicher Abstimmung 578 Parlamentarier aus, dagegen votierten 20 CSU- und CDU-Abgeordnete. 23 PDS- und Unionsabgeordnete enthielten sich. ...

... Die Deklaration war nach zweijährigem harten Ringen am 21. Januar von Kohl und Tschechiens Ministerpräsident Vaclav Klaus in Prag unterzeichnet worden.

Kohl bezeichnete in seiner einleitenden Regierungserklärung die Deklaration als einen "guten Text", mit dem beide Seiten klar und mutig auf strittige Abschnitte der gemeinsamen Geschichte eingingen. Die Erklärung sei ein Beitrag zur Aussöhnung: "Sie soll helfen, den Teufelskreis gegenseitiger Aufrechnung und Schuldzuweisung zu durchbrechen."

Nachdrücklich forderte er die Sudetendeutschen auf, am Aussöhnungswerk mitzuarbeiten.

Der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping forderte Deutsche und Tschechen zur engen Zusammenarbeit auf. Mit der gemeinsamen Erklärung werde "spät, aber nicht zu spät, endlich das letzte Kapitel" deutscher Ostpolitik abgeschlossen.

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble erklärte unter Hinweis auf das Bekenntnis zu Schuld und Unrecht in dem Dokument, Versöhnung erfordere den Mut, auch die dunklen Seiten anzusprechen. ...<<

10.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Februar 1997: >>Sudetendeutsche lehnen Erklärung ab

Wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung im Prager Parlament hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre Ablehnung erneuert. ... Der Vorsitzende der Landsmannschaft, Franz Neubauer, hatte am Sonntagabend angekündigt, die Sudetendeutschen würden ihre Interessen nun im Rahmen des geplanten EU-Beitritts von Tschechien geltend machen. ...

In dem Manifest heißt es, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg vereinbarte Erklärung enthalte geschichtliche Unwahrheiten. Sowohl das Selbstbewußtsein als auch das Rechtsempfinden der Sudetendeutschen werde mit der Erklärung schwer verletzt.<<

14.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Februar 1997: >>Scharfe Töne gegen Deutschland im Prager Parlament

Im Prager Parlament dauert auch in der Nacht zum Freitag die Debatte über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung an. ... Dabei kam es zu scharfen Ausfällen der rechtsradikalen Republikaner. Ihr Vertreter Josef Krejsa bezeichnet den tschechischen Chefunterhändler als "analen Höhlenforscher". Man habe es zu tun mit einem "großdeutschen Reich unter der Maske der Europäischen Union". Ein weiterer Rechtsradikaler meinte, die Billigung der Deklaration käme Hochverrat gleich. ...<<

15.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Februar 1997: >>**Prag stimmt Erklärung zur Aussöhnung zu**

Das tschechische Parlament hat am Freitag nach viertägiger Debatte der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt. Für die Deklaration votierten 131 Abgeordnete, 59 waren dagegen. ...<<

19.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Februar 1997: >>**87 Millionen versickern in Kiews dunklen Finanzkanälen**

Deutsche Entschädigungszahlungen für NS-Opfer verschwunden / Erst 1998 Geld für Nazi-Opfer in Südosteuropa

Die Opfer von einst sind die Opfer von heute. ... 87 Millionen, die Bonn in die Ukraine für die NS-Opfer überwiesen hatte, sind in dunklen Kanälen verschwunden. ...

Das Geld gehört zu einem Fonds von einer Milliarde Mark, den die Bundesregierung 1993 für Entschädigungszahlungen an Rußland, Weißrußland und die Ukraine bereitgestellt hat. Der Ukraine hatte Deutschland seit 1993 in drei Teilsummen insgesamt 400 Millionen Mark gezahlt. Eine eigens dafür eingerichtete Stiftung "Verständigung und Aussöhnung" nahm die Anträge entgegen und prüfte die Ansprüche. ...<<

Am 19. Februar 1997 tritt die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft.

Die deutsche Energiewirtschaft nach der Liberalisierung des EU-Strommarktes

Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden. Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf ("Energiekrieg"), denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen wurden durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage gebracht, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten Staatsmonopolen auseinandersetzen.

Der deutsche Energiemarkt wurde für die großen ausländischen Konzerne sehr schnell ein wichtiger Teil des europäischen Strommarktes. Nach den skandinavischen Unternehmen aus Schweden (Vattenfall) und Finnland (Fortum) drängte auch der größte Stromkonzern Europas, die EdF, aus Frankreich, mit aller Macht auf den deutschen Energiemarkt, um überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen.

Der schwedische Staatskonzern Vattenfall beteiligte sich damals u.a. mit 25 % an der HEW in Hamburg. Der finnische Staatskonzern Fortum erwarb im Jahre 1999 die EW Wesertal GmbH in Hameln und strebte weitere Beteiligungen in Deutschland an. Der französische Strommonopolist EdF beteiligte sich in Baden-Württemberg an der EnBW.

Mit 435 Milliarden Kilowattstunden (MkWh) produzierte der Staatsmonopolist EdF im Jahre 1997 wesentlich mehr Strom als die 3 größten privatwirtschaftlich organisierten deutschen Versorgungsunternehmen (RWE, PreussenElektra, und Bayernwerk = 300 MkWh) zusammen. Das französische Staatsunternehmen EdF deckte mit seinen 55 Kernkraftwerken, die größtenteils abgeschrieben waren, über 80 % der Stromversorgung Frankreichs.

Viele ausländische Staatskonzerne besaßen beträchtliche Überkapazitäten, deshalb konnten

sie den Strom konkurrenzlos billig anbieten, ohne Verluste zu erwirtschaften. Der z.B. von "Yello" zum Spottpreis angebotene Strom stammte zu 70 % aus französischen Kernkraftwerken. Die deutschen Stromversorger konnten dem Billigstrom aus Frankreich fast nichts entgegensetzen. Die EU entschied zwar später, daß die einzelnen Länder nur die Strommenge in ein anderes EU-Land exportieren durften, die aus dem anderen EU-Land importiert wurde, aber diese Regelungen galten nicht für direkte Beteiligungen im Ausland.

21.02.1997

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 1997: >>**Polen geben Juden Eigentum zurück**

Die 9 jüdischen Gemeinden in Polen erhalten ihr früheres Eigentum zum Teil zurück. Das entschied am Donnerstag das polnische Parlament der Sejm. ... Das Gesetz betrifft auch früheren jüdischen Gemeindebesitz in ehemals deutschen Gebieten. Immobilien, die früher nicht religiösen oder kulturellen Zwecken dienten, sind von der Regelung ausgeschlossen.

Jüdische Organisationen in den USA und Israel lehnten das Gesetz ab, weil nur ein Teil des früheren Gemeinde-Eigentums zurückgegeben werden soll. Außerdem bestehen sie auf der Rückgabe des früheren privaten jüdischen Besitzes.<<

26.02.1997

Ungarn: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Februar 1997: >>**Herzog: Deutschland unterstützt Ungarn**

Bundespräsident Roman Herzog hat Ungarn die volle Unterstützung Deutschlands auf dem Weg in die Europäische Union (EU) und die NATO zugesichert.

Bei einem Staatsbesuch in Ungarn sagte Herzog am Dienstag vor der Nationalversammlung in Budapest, Ungarn werde zu den ersten Kandidaten gehören, die in die EU und den Nordatlantikpakt aufgenommen würden. Herzog würdigte insbesondere die ungarische Minderheitenpolitik. ...<<

18.03.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. März 1997: >>**Prag weist russische Drohung empört zurück**

Tschechiens Regierung hat empört auf die Drohung eines russischen Diplomaten reagiert, der für den Fall eines NATO-Beitritts des Landes die Wirtschaftsabkommen zwischen Tschechien und Rußland in Frage gestellt habe. ...

Der Botschafter hatte in einem Interview gesagt, ein Beitritt zur NATO könne schädliche Auswirkungen auf wichtige Abkommen haben. Der Beitritt habe für Rußland erhebliche Verluste im Waffengeschäft zur Folge. Als Reaktion könne Rußland seine Abkommen mit Tschechien über die Lieferung von Gas und Atomstrom neu überdenken. ...<<

10.04.1997

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. April 1997 über die Jugendweihe (x303/187): >>... Zwischen März und Juni ist Weihezeit in den neuen Bundesländern. Die 14-jährigen wollen nicht mehr Kinder sein, die Jugendweihe wird als Eintritt ins "Erwachsenenland" gefeiert.

Insgesamt werden es deutlich mehr als 100.000 Kinder – somit weit mehr als 60 % eines Jahrganges sein, die an dem Ritual teilnehmen, das früher fester Bestandteil der DDR-Kultur war.

Der Zulauf wächst. In Sachsen sind es in diesem Jahr fast 34.000 14-jährige, die an der Jugendweihe teilnehmen, das sind 57 % eines Jahrganges. Mehr als 500 Veranstaltungen gibt es im Jahr.

Die Evangelische Landeskirche rechnet dagegen mit 10.000 Konfirmanden.<<